

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

59. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf. einschl. Postbestellgebühren. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Beizig, den 21. April 1921

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf., die sonstigen Restklassen: 75 Pf., 100 Pf., 150 Pf., 200 Pf., 250 Pf., 300 Pf., 400 Pf., 500 Pf., 600 Pf., 700 Pf., 800 Pf., 900 Pf., 1000 Pf., 1500 Pf., 2000 Pf., 3000 Pf., 4000 Pf., 5000 Pf., 6000 Pf., 7000 Pf., 8000 Pf., 9000 Pf., 10000 Pf. — Abdruck wird nicht gemißbilligt.

Nr. 46

### Die letztmalige Beitragserhöhung

#### Hat die Gauvorsteherkonferenz die Stimmung auf dem Lande gekannt?

Die Schraube ohne Ende, die man sonst nur in bezug auf die Steuern in Wirklichkeit glaubte, scheint jetzt auch ihr Arbeitsgebiet auf den Beitrag unserer Berufsorganisation ausgedehnt zu haben. Wir sind überzeugt, daß die Gauvorsteherkonferenz in Berlin, deren Teilnehmer sich durchweg aus Großstadtkollegen zusammensetzte, doch nicht so ohne weiteres zugestimmt hätte, wenn sie sich über die wirkliche Stimmung in der Kollegenchaft auf dem Lande klar gewesen wäre. Ist es doch Tatsache, daß man teilweise auf dem Lande die Gauvorsteher nur dem Namen nach kennt; wie kann denn solcher die Stimmung auf dem Lande kennen?

Es stellt sich in der der Beitragserhöhung beigegebenen Begründung ja so schön: „Die Rechte und Pflichten der Verbandsmitglieder müßten die gleichen sein“; nur sind wir der Überzeugung, daß bei den verchiedenen Verhältnissen über die jeweiligen Steuerungsverhältnisse allzuwenig nach diesem eigentlich selbstverständlichen Grundsatz gebandelt worden ist, denn sonst wäre die Differenz zwischen der Lohnhöhe der Großstadt- und der Provinzkollegen nicht eine so gewaltige geworden. Heute weiß jeder Schlingens hier, daß man in der großen Stadt alles billiger kauft als auf dem Lande; selbst das zu Ostern so vielbegehrte Lamm, das in den Frankfurter Geschäften zu 1,40 Mk. angeboten wurde, war hier in Limburg im Laden schon 1,70 Mk. wert. Daß man trotz der hohen Eisenbahnfahrtskosten vom Land in die Großstadt fährt, um dort billiger als am Orte zu kaufen, lehnen die Berliner Konferenzteilnehmer auch nicht zu wissen.

Es ist endlich an der Zeit, daß bei Lohnberatungen den Provinzkollegen eine höhere Lohnzulage gewährt wird als denen der Großstadt; mit den Fabrikkollegen zur Arbeitsstätte und den leeren Wohnungen ist deren Vorgehensbehandlung weiter nicht mehr zu begründen. Daß die Großstadtkollegen finanziell besser daran sind als wir, ist ja in den Ausstellungen der Gehilfenvertreter selber zu sehen, da sie in den größeren Druckorten keinen Widerstand gegen die Beitragserhöhung erwarten, sondern nur in der Provinz. Denn daß die einen weniger Verständnis für die Interessen und Notwendigkeiten der Organisation haben als die anderen, glauben die Gehilfenvertreter doch selber nicht. Daß die Provinzkollegen am meisten die Verbandsdisziplin gekannt und gewahrt haben, trotzdem gerade sie die größte Ursache hätten, aus der Reihe zu tanzen wegen ihrer dauernden Hintanhaltung, ist doch bekannt. Wenn es aber Beitrag zahlen heißt, weiß man natürlich, daß auch wir vom Lande Pflichten haben.

Es muß endlich einmal gesagt werden, daß wir am Ende sind; wir können den jetzt beschlossenen Beitrag nicht mehr erdulden. Ein Sturm der Entrüstung ging beim Studium der betreffenden „Korr.“-Nummer durch die Kollegenchaft unseres Ortes. Und dann diese Eile! Brenn Rom wirklich so, daß man über die Köpfe der Mitglieder hinweg einfach beschließen muß? Nein! Urabstimmung verlangen wir! Die gesamte Kollegenchaft soll über die Höhe des Beitrags entscheiden, wie es recht und billig ist. Wir sind nicht gewillt, vom grünen Tisch aus über uns diktieren zu lassen!

Limburg.

Sermann Großheim.

### Roschrei aus der Kleinstadt

Die am 27. März in Kraft getretene Verbandsbeitrags-erhöhung um 1 Mk. hat in der hiesigen Kollegenchaft viel böses Blut gemacht. Wir leben in kleiner Stadt ebenso teuer wie in der Großstadt; ja, was Kleidung anbelangt, noch teurer, da unser Ort meistens Industrie aufweist. Trotz älteren Berufes verdienen wir doch immer keinen Lokalzulage erhalten; warum, ist uns rätselhaft. (Nach dem letzten herausgegebenen Kreisamtsbericht ist Kronach mit 5 Proz. Lokalzulage vorgesehen, warum so wenig?) Man sollte doch zu solchen Beratungen mehr Kollegen aus der Kleinstadt hinzuziehen, denn die Kollegen der Großstadt denken wunder wie billig man in der Kleinstadt lebt und äußern auch dementsprechend ihre falsche Meinung.

Was den Lohn anbetrifft, so stehen wir Buchdrucker hier an zehnter Stelle von allen Arbeitern, viele ungelehrte Arbeiter haben mehr Lohn wie wir. Sieht man

beiter muß aber so viel Verbandsbeitrag zahlen wie die Buchdrucker. Pro Woche 6 Mk., das ist schon allerschwer, und dazu einen so schlechten Tarif. Wie reimt sich dies zusammen? Ein Porzellanarbeiter hat z. B. rund 300 Mk. und auch mehr die Woche und zahlt nur 2,50 Mk. Verbandsbeitrag. Auch die Unterführungsätze stehen in keinem Verhältnis zum Verbandsbeitrag. Hier sind Kollegen mit Knapp 140 bis 156 Mk. Lohn nach Steuerabzug — und dann 6 Mk. Verbandsgeld! Andere Bernke mit doppelt so hohem Lohn nur halb so viel, ja noch weniger Verbandsbeitrag. Dies ist entschieden zu hoch. Und all dies geschieht immer in förmlicher Über-rumpelung. Hier muß entschieden Wandel geschaffen werden, und zwar recht bald!

Kronach.

O. F.

### Warum auch die Minderjährigen?

Erlaunt bin ich über die Bekanntmachung in Nr. 34 des „Korr.“: Erhöhung des Verbandsbeitrags um 1 Mk. Ich bin der Ansicht und Meinung, daß da noch ein Zusatz fehlt, nämlich: „für die tariflichen Altersklassen B und C“. Denn wie kann man verlangen, daß die sogenannten Minderjährigen einlehen, daß alles teurer wird? Diese Steuererhöhung besteht doch nicht etwa nur für Klasse B und C und die, die ihre Gehälter und Löhne aus der Verbands-kasse beziehen. Man will ja nicht einsehen, daß auch für uns alles teurer wird, denn man hat die Klasse A übergegangen. Die jungen Kollegen bekommen vielleicht etwas geschenkt beim Kaufmann? Sind nicht viele von ihnen gleichbedeutend mit einem Familienvater? Wieviele Väter sind draußen auf dem Felde geblieben, und wie viele sind durch die schlechte Ernährung dahingegangen? Wieviele junge Kollegen werden also die einzige Stütze der vielleicht kränkeltenden Mutter und Geschwister sein.

Warum also schließlich man uns von dem einen aus und zieht uns zu dem andern hinzu? Gleiches Recht für alle!

Frankfurt a. d. D.

H. K.

### Warum keine Urabstimmung?

Also schon wieder einmal eine Erhöhung des Verbandsbeitrags! Ich habe also doch recht gehabt, wenn ich bei der letzten Erhöhung des Beitrags sagte, daß das noch nicht die letzte sein würde. Bei der jetzigen Beitragserhöhung muß man sich doch einmal fragen, weshalb denn schon wieder Erhöhung? Man hätte eigentlich klug gehandelt, wenn man sich gelagert hätte, unsere Mitglieder sagen ja zu allem Ja und Amen; da ist es wohl am besten, wir erhöhen den Beitrag gleich auf volle 10 Mk. Denn man muß sich doch fragen, auch die letzte Erhöhung ist wohl kaum die letzte sein. Wenn man denn schon einmal dabei ist, Schätze zu sammeln und lagende Erben zu machen, dann soll man es doch bald tun, denn was der Mensch hat, das kann ihm keiner mehr nehmen. Ich erinnere mich eines Artikels, in dem ein Kollege empfahl, einen vollen Stundenlohn als Verbandsbeitrag zu erheben, und möchte dazu bemerken, daß wir in unsern kleinen Ortsvereine doch schon seit einiger Zeit einen Stundenlohn als Beitrag zahlen. Wer die letzte Verbandsaktion im „Korr.“ gesehen hat, der wird wohl kaum zweifeln können, daß man ohne eine weitere Beitragserhöhung nicht mehr auskommen kann.

Ich hätte trotzdem gegen diese letzte Beitragserhöhung nichts einzuwenden, wenn ich auf der andern Seite eine entsprechende Gegenleistung sehen würde. Ich will ferner behaupten, daß wir trotz unserer hohen Beitragsleistung, wie sie ihn keine andre Organisation hat, im Verhältnis hierzu die schlechtesten Unterführungsätze und auch Löhne haben! Eobnd hat eine Lohn-erhöhung resp. Mittelschichtbeihilfe „herausgeholt“ hal, glaubt man auch gleich, die Mitglieder seien jetzt „sturm-reif“ für eine Beitragserhöhung.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit gleichzeitig empfehlen, bei jeder wichtigen Sache, wozu ich auf eine Beitragserhöhung rede, die Mitglieder erst darüber abstimmen zu lassen, ob sie für oder dagegen sind.

Reichenbach i. Echl.

L. R.

### Eine andre Seite der Beitragserhöhung

Von jedem einseitigen Kollegen wurde die letzte Beitragserhöhung mit Freuden begrüßt, trotzdem sie so gering ist, daß sie in ihrer praktischen Auswirkung gegebenenfalls gar nicht sehr ins Gewicht fällt. Wir leben nun einmal

in einer Zeit der „Opfer“, und es hätte nichts geschadet, wenn in dieser Hinsicht an die Opferwilligkeit der Kollegen etwas höhere Anforderungen gestellt worden wären.

Eines jedoch ist mir wie vielen andern Kollegen unverständlich, und zwar, daß auch von dieser geringen Erhöhung 12. Proz. in die Kassen fließen. Dem Gauen entfallen durch die Einziehung des um 1 Mk. höheren Beitrags keinerlei Mehrkosten, so daß es völlig ungerechtfertigt erscheint, ihnen den achten Teil des zur Stärkung unserer Zentralkasse unbedingt notwendigen Beitrags zuzuwenden. Können die Gauen, die vollständige Selbstverwaltung haben, mit dem zur Verfügung stehenden Geld nicht aus. So mögen sie durch ihre zuständigen Instanzen den Gaubeitrag erhöhen lassen, aber — so merken dies die Mitglieder nicht, wenn die Gaubeiträge auf dem Lunen über Berlin erhöht werden.

Durch den Beschluß der Münchener Generalversammlung sind den Gauen 12. Proz. zugesichert, aber in diesem Beschlusse kommt an keiner Stelle zum Ausdruck, daß für besondere, nicht von der Generalversammlung genehmigte, jedoch durch die Zeit und angeht der gespannten Situation bedingte Erhöhungen der gleiche Betrag an die Gauen zurückzuführen habe. Diese Maßnahme muß den Eindruck erwecken, daß hier ein gewisser Partikularismus herrscht, der unserer Zentralkasse nur zum Schaden gereicht und teilweise den Zweck der Beitragserhöhung illusorisch macht. Und dagegen müssen wir uns wenden!

V. L.

### Zu den Proletstimmern

Die vier Artikel aus Limburg, Kronach, Reichenbach i. Echl. und Frankfurt a. d. D. kann die Redaktion nicht ohne einige Randbemerkungen hinausgehen lassen. Im Gegensatz zu dem Kasten, der aus Chemnitz, also aus einer im Lokalzulage noch ungünstig dastehenden Großstadt stammt und einen recht bedrängten familiären Verhältnis lebende Kollegen zum Verfasser hat, der trotz dem die vorgenommene Beitragserhöhung für zu geringfügig hält, kommen sie aus kleinen Provinzorten. Der Limburger Artikel spricht es deutlich aus, daß damit die Meinung aller Mitglieder am Orte zum Ausdruck kommt, und er würde für den Verbandsgeld der dortigen Kollegen noch ungünstigere Auffassungen wiedergeben, wenn die Redaktion das Organisationsinteresse nicht durch Streichungen besser zu wahren wüßte. Wenn nach diesen vier Proletstimmern auf die ganze Provinz verallgemeinert werden sollte, müßte das Urteil schließlich ausfallen. Wir wollen aber der Provinzkollegenchaft insgesamt nicht eine so ungünstig lautende gewerkschaftliche Note ausstellen, doch war kann leider auch lazen, daß mit diesen vier Proletstimmern allein nicht der gesamte Ansturm in der Provinz über die letztmalige Beitragserhöhung erspäßt ist.

Wir sind die Mühe nehmen wollte, die in diesem Jahre bis jetzt aus Provinzorten gebrachten 24 Artikel über Lohn, Beitrag oder Kampffondsgründung noch einmal zu lesen und die vier Provinzstimmen entgegenzuhalten, der würde sich wundern, welcher Widerspruch zwischen Provinz und Provinz besteht. Wieviele Kollegen, die in den Februarlagen in Verammlungen und im „Korr.“ der Kampffondsstimme begeisterte Förderer waren, werden nun wohl merken, daß man auch die in gewissen Mitgliederkreisen zu findenden Imponderabilien nicht übersehen darf. Welche Beitragserhöhungen kamen von ihnen damals in Vorschlag, und wie wird jetzt zum Teil über sie eine Mark gemurmelt! Vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus sind die vier Proletstimmern bedauerlich, denn der aus ihnen sprechende Sinn wurde uns wahrhaftig nicht wehrlicher machen zur Führung des wirtschaftlichen Kampfes.

Versteht man sich in die Gedankengänge der Artikel-schreiber, dann ergibt sich, daß der Verbandsbeitrag an sich zu hoch wäre in Anbetracht unserer Löhne, daß im besonderen die in tariflicher Ausnahmestellung befindlichen Kollegen (Minderjährige) von der letzten Erhöhung ausgenommen sein sollten, daß ferner eine Urabstimmung darüber hätte stattfinden sollen. Wie vier Artikel-schreiber haben zunächst auf die „Anerkennung“ Anspruch, die in dem Artikel von der Gauvorsteherkonferenz auf der dritten Seite zu findenden Ausführungen zur Beitragserhöhung nicht geleistet zu haben. Es ist allerdings anzugeben, daß diejeni- en Kollegen, die in ihren Ortsvereinen das Referat eines Konferenzteilnehmers darüber hören konnten und so noch manches erfahren, was in der großen Öffentlichkeit des „Korr.“ zu sagen doch Bedenken haben würde, schwerlich Veranlassung gefunden hätten, sich nach Lage unserer









